
VOZ clasista

Gewerkschaftliche Nachrichten aus Venezuela

Impressum:
Komitee "Solidarität mit den Clasistas in Venezuela"
Stiftgasse 8 | 1070 Wien

Ausgabe: 2
Preis: 0,50 Euro

November 2007

Zur Verfassungs- reform

Spätestens nachdem Hugo Chávez am 15. August der venezolanischen Nationalversammlung seinen Verfassungsreformentwurf vorgelegt hat, beherrschen Debatten und Auseinandersetzungen rund um die geplante Reform der Verfassung das politische Leben Venezuelas.

Wir veröffentlichen daher in dieser Nummer der "Voz Clasista" ein ausführliches Interview mit Orlando Chirino zu dieser Debatte.



“Wir brauchen eine Verfassung, die das Klassenkräfteverhältnis und die erkämpften Triumphe widerspiegelt.”

veröffentlicht von der Presseabteilung der UNT-Aragua am 9. Oktober 2007 auf www.aporrea.org

Als offener Befürworter einer neuen Verfassung zeigte sich der Gewerkschafts- und Arbeiterführer Orlando Chirino. “Präsident Chávez ergriff die Initiative und wir Arbeiter müssen als soziale Klasse bewusst und konsequent an dieser Diskussion teilnehmen. Vielleicht sind wir die, die in der gegenwärtigen politischen Konjunktur die größte Verantwortung tragen. Wir haben auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem und sogar auf militärischem Terrain verschiedene Erfahrungen in der Verteidigung des revolutionären Prozesses

gemacht und sind daher auch verpflichtet unsere Meinung kundzutun. Wir müssen unsere Vorschläge offen darlegen, um uns in die breite landesweite Diskussion einzubringen.

Im Jahr 1999 wurde eine neue Verfassung aufgesetzt und verabschiedet, die das nach dem klaren Wahlsieg von Hugo Rafael Chávez Frías im Dezember 1998 entstandene positive Kräfteverhältnis widerspiegelte. Dasselbe Kriterium müssen wir Arbeiter in der Diskussion über den Reformentwurf des Präsidenten Chávez anwenden. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass die Verfassung der Bolivarischen Republik Venezuelas eindeutig die politische Korrelation zwischen den gesellschaftlichen Klassen - d.h. zwischen der Revolution und der Konterrevolution - ausdrückt und dass sie vor allem die großen

erkämpften Errungenschaften und die gemachten Erfahrungen des mobilisierten Volkes in diesem revolutionären Prozess zu geltendem Recht macht.”

“Damals kämpften wir gegen ein ausgrenzendes politisches Regime; heute müssen wir für ein neues gesellschaftliches und wirtschaftliches Modell aus der Perspektive der Arbeiterklasse kämpfen.”

Als der sozialistische Gewerkschafts- und Arbeiterführer über die möglichen Unterschiede zwischen dem heutigen Reformprozess und der Verfassungsgebenden Versammlung des Jahres 1999 sein könnten, erklärte Chirino, dass “zur damaligen Zeit die Bestrebung des Volkes darin lag, ein ausgrenzendes politisches Regime zu stürzen, dass 40 Jahre lang von

Acción Democrática und COPEI, den zwei großen politischen Parteien der Unternehmer, der Großgrundbesitzer und des Imperialismus, kontrolliert wurde oder besser gesagt entführt gewesen war. Nach den Triumphen des 13. April [2002, Anmerkung] als wir den Imperialismus und die Faschisten niederschlugen, der Niederringung der Unternehmersabotage [2003], der Abschmetterung des Abwahlreferendums [2004] und nachdem fast alles was von diesen zwei großen Parteien übergeblieben ist beseitigt wurde, geht es heute um etwas anderes: Heute werden wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Projekte diskutiert.

Es ist kein Zufall, dass die zentrale Sorge und das zentrale Standbein der politischen Kampagne der Parteien der putschistischen Opposition, die Verteidigung des Rechtes auf Privateigentum um jeden Preis ist; ist das Privateigentum doch einer der Stützpfeiler der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Bedauerlicherweise ist die putschistische Opposition in Begriff die Diskussion zu gewinnen, ohne dass die Volksabstimmung über den Verfassungsreformentwurf überhaupt stattgefunden hat. Die Regierung beteuert mit ihrem Verfassungsentwurf und durch ihre verschiedenen Funktionäre tagtäglich gegenüber den Ausbeutern, dass ihr Eigentum über die Produktionsmittel bewahrt bleiben wird und dass sie weiterhin die Freiheit haben die Arbeiter, die Bauern auszubeuten und sich die großen Erträge, die die Arbeit schafft, anzueignen.

Das ist unsere große Differenz mit der Regierung des Präsidenten Chávez und ihren Schmeichlern. Sie führen heimtückische Kampagnen und behaupten, dass wir die Seiten gewechselt haben, den Präsident nicht unterstützen oder nicht auf Seiten des revolutionären Prozesses stehen. Was sie jedoch nicht sagen und vor allem nicht erklären ist, warum sie es ermöglichen, dass das Privateigentum und die Ausbeutung der Arbeit fortbestehen. Für mich ist das die entscheidende Diskussion und deshalb wagen wir es mit all der Verantwortung und Ernsthaftigkeit die uns auszeichnet zu sagen, dass man mit diesem Verfassungsentwurf nicht zum Sozialismus voranschreitet.

Die Reformisten behaupten, dass die Bedingungen noch nicht gegeben sind und dass man graduell zum Sozialismus voranschreitet. Das ist falsch und unwissenschaftlich. Bereits Karl Marx und Friedrich Engels haben das nachgewiesen und die revolutionären Prozesse der vergangenen zwei Jahrhunderte haben sie bestätigt. Um zum Sozialismus voranzuschreiten, muss man enteignen; die Unternehmen müssen zu Kollektiveigentum werden; die Erträge der Arbeit müssen unter der Bevölkerung aufgeteilt werden; die Unternehmen und die Regierung müssen unter der Kontrolle der Arbeiter, der Bauern und all derer stehen, die die Reichtümer des Landes schaffen.

Würde es stimmen, dass die Bedingungen noch nicht gegeben sind, um das



Orlando Chirino auf einer Gewerkschaftsdemonstration in Caracas

Privateigentum abzuschaffen und die Ausbeutung der Lohnarbeit zu beseitigen oder dass wir Arbeiter noch nicht genügend gebildet seien, um eine neue Gesellschaft zu führen, dann müssten sie behaupten, dass was wir während der 63 Tage des Widerstands gegen die Unternehmersabotage getan haben war falsch. Während dieser zwei Monate großer Auseinandersetzungen haben wir dem Land und der Welt bewiesen, dass wir keine Unternehmer benötigen, dass wir die Kontrolle der Unternehmen übernehmen und sie effizient im Dienst der Bevölkerung zum Produzieren bringen können.

Die Seite gewechselt haben Andere. Es sind die Reformisten und die Bürokraten, die den Unternehmern tagtäglich eingestehen, dass das Privateigentum respektiert wird; die versuchen Vertrauen in die Ausbeuter zu schüren. Wir sagen das Gegenteil: Wir glauben man muss enteignen, verstaatlichen, mit dem Imperialismus brechen. Tun wir das nicht, würde das einen schweren Schlag gegen den momentan Diskussionsprozess der Verfassungsreform bedeuten. Wer nicht voranschreitet, erstarrt und weicht zurück. Das geschieht momentan in Bolivien, wo Präsident Evo Morales und seine Partei, den Fortbestand des Privateigentums und des Erbrechts akzeptierten. Den Pfad den wir momentan beschreiten führt uns in unserem Land leider auf denselben Weg.

Das ist eine äußerst wichtige politische, theoretische und praktische Diskussion. Der Präsident will uns davon überzeugen, dass nun verschiedene Eigentumsformen nebeneinander koexistieren werden und man so zum Sozialismus voranschreitet. Das ist ein historischer Fehler, der uns die Revolution kosten kann. Erinnern wir uns daran, dass die Theoretiker der Bürokratie der Sowjetunion und Chinas immer das anti-marxistische Argument verwendeten und





Marco Tulio, Vorsitzender der Bauarbeitergewerkschaft UBT, Orlando Chirino und Stalin Pérez Borges (vorne von links nach rechts)

weiterhin verwenden, dass sich auf Weltebene zwei Wirtschaftsformen gegenüber stehen: Eine von den imperialistischen Ländern angeführte kapitalistische Ökonomie und eine sozialistische Ökonomie unter Führung der UdSSR. Damit haben sie weltweit Millionen Arbeiter eingeseift. Die Tatsachen haben Leo Trotzki Recht gegeben: Auf Weltebene herrscht eine imperialistische Ökonomie vor, die ihre Bedingungen in allen Winkeln der Welt durchsetzt, auch in jenen Staaten, in denen die Unternehmer enteignet wurden, wie das in China, in Osteuropa und - um nicht in die Weite zu schweifen - auf Kuba geschah.

In Venezuela können wir uns 50.000 Eigentumsformen ausdenken, das Entscheidende allerdings ist, dass diese nicht nebeneinander koexistieren werden, da sie vom kapitalistischen Eigentum und der Ausbeutung der Lohnarbeit dominiert werden, die in Venezuela und der Welt vorherrscht. Der offensichtlichste Fall ist PDVSA, der staatliche Erdöl- und Erdgaskonzern, der angeblich eine Unternehmensvision mit bedeutend sozialen Inhalten hat. Die Tatsachen beweisen allerdings Tag für Tag, dass in PDVSA die kapitalistischen Auswüchse - sogar die barbarischsten, wie die Verweigerung des Rechts auf Kollektivvertragsverhandlungen, wie sich soeben während der Verhandlungsskizze des Erdölarbeiterkollektivvertrags gezeigt hat - vorherrschen und verstärkt werden.

In diesem Unternehmen verdient die

Vorstandsebene bis zu 60mal mehr als die Arbeiter, die sich abschinden und tagtäglich ihr Leben in der Exploration, der Raffination und dem Transport des Erdöls und seiner Derivate riskieren.

Die verschiedenen Eigentumsformen führen uns nicht zum Sozialismus, außer irgendein intellektuelles Genie will uns davon überzeugen, dass die Kooperativen, die Sparvereine oder die staatlich geförderten Wirtschaftsprojekte, den Erdölmultis und den Multis der Automobil- und Zulieferindustrie wirtschaftlich überlegen sind; oder dem mächtigen Finanzsystem; oder den Großunternehmen im Transportwesen; oder den Magnaten der bestehenden Wirtschaftsimperien in Venezuela, denen die Regierung nicht entgegentreten will, sondern mit ihnen verhandelt, wie das mit der Polar Gruppe der Fall ist."

“Der Verfassungsreformentwurf beinhaltet die wichtigsten Bestrebungen der Bevölkerung nicht.”

Bezug nehmend auf jene Verfassungsartikel, die die Arbeiter als positiv betrachten, wie die Arbeitszeitverkürzung und die Schaffung eines “Fonds für soziale Stabilität für selbstständig Berufstätige” betont Orlando Chirino, dass “wir zweifellos nicht behaupten können, dass der gesamte Verfassungsreformentwurf des Präsidenten schlecht ist. Die Arbeitszeitverkürzung ist ein überaus wichtiger Aspekt. Ich halte ihn für derart wichtig, dass ich von der

Regierung und insbesondere von den Behörden des Arbeitsministeriums fordere, dass sie die Regelung der Arbeitszeitverkürzung klar und deutlich fassen, damit sie sich nicht in ein Werkzeug gegen die Arbeiter verwandelt. Die Zweideutigkeiten begünstigen letztlich immer die Unternehmer.

Über die Arbeitszeitverkürzung hinaus, denke ich allerdings, dass bedeutende Gebiete im Reformentwurf, wie die Wiedereinführung der Zahlungsregelung der Sozialleistungen, die durch die Arbeitsrechtsreform 1997 außer Kraft gesetzt wurde, fehlen. Ein weiteres bedeutendes Gebiet ist die Justiz, die intakt bleibt, was bedeutet, dass die Straflosigkeit weiter bestehen wird und dass sich die Magnaten weiterhin auf sie stützen werden, um ihre Untaten zu legitimieren. Auf gewerkschaftlichem Gebiet kämpfen wir seit langem für die Unabhängigkeit der Gewerkschaftsorganisationen und das muss eindeutig aus der Verfassung hervorgehen. Wir sind dagegen, dass der CNE [die oberste Wahlbehörde] sich in Wahlvorgänge einmischt oder sie kontrolliert; oder dass das Arbeitsministerium das Recht auf Kollektivvertragsverhandlungen entführt und seine Kriterien, über wie und mit wem die Verhandlungen geführt werden, aufzwingt.

Wir glauben, dass uns mit den Arbeitsräten (1) die Katze im Sack verkauft wird. Das ist nie mit den Arbeitern diskutiert worden. Wir wissen weder worin sie bestehen noch wie sie geregelt werden. Wenn wir uns die Politik der Regierung auf dem Gebiet der Arbeitswelt vor Augen führen, können wir sagen, dass den Arbeitern nichts Gutes blüht, da alles auf eine “Institutionalisierung und Kontrolle” dieser neuen Gremien hindeutet. Eine Entwicklung wie sie die Kommunalräte genommen haben, die politisch, verwaltungstechnisch und finanziell von der Regierung kontrolliert werden, was ihre gesamte Autonomie als Ausdruck der Volksmacht aufhebt. Ich denke, dass das ein Thema ist, das ausführlich diskutiert werden muss."

“Die Diskussion wird weisen, wie wir am Tag der Abstimmung stimmen.”

Angesichts der Tatsache, dass der Großteil der gesellschaftlichen Schichten bereits Position darüber bezogen hat, dem Verfassungsreformentwurf zuzustimmen, dagegen zustimmen oder sich zu enthalten,

erklärt der sozialistische Gewerkschaftsführer, dass "im voraus zu beschließen, wie man abstimmt, die Diskussion abwürgt. Man muss die Diskussion vertiefen und sich am Ende, im Angesicht der Ergebnisse, für die angebrachteste Position entscheiden. Alles hängt auch von der Haltung der Regierung ab. Anfänglich sagte Präsident Chávez, man könne dem Verfassungsentwurf nicht einmal einen Beistrich beifügen, später wich er in der Frage der Nationalgarde zurück und heute wird vorgeschlagen, dass neue Verfassungsartikel hinzugefügt werden können. Die Regierung hat nachgegeben, da sie weiß, dass die Diskussion keine leichte ist. Noch muss festgelegt werden, ob en bloc, nach Teilgebieten oder nach Verfassungsartikeln abgestimmt wird. Das heißt wir befinden uns noch in der Vorphase der Diskussion.

Die Diskussion hat gerade erst begonnen und ich meine, dass begonnen wird, die

autoritären Züge zu überwinden. Ich hoffe, dass auch jene Verfassungsartikel und Teilgebiete, in denen diese bonapartistischen Tendenzen oder die Stärkung der Bürokratie und die Durchdringung der Korruption Ausdruck finden, überwunden werden. In dieser Frage können wir nicht nachgeben, denn es würden wichtige von der Bevölkerung erzielte politische und demokratische Errungenschaften beschnitten werden.

Was wir jedoch schon bekundet haben, ist, dass die Vorgehensweise in der Diskussion nicht die offenste und demokratischste ist. Ich bin Befürworter einer großen nationalen Delegiertenversammlung der comunidades (2), der Arbeiter und der Bauern, die die gesamte Diskussion bündelt und der Bevölkerung den Reformentwurf vorlegt; sei es nach Teilgebieten, en bloc oder nach Verfassungsartikel, je nachdem was am angemessensten ist.

Lassen wir der Diskussion freien Lauf, damit wir uns demokratisch daran beteiligen können und lasst uns die fanatischen und heimtückischen Kampagnen gegen uns, die wir mit dem Verfassungsreformentwurf oder verschiedenen Verfassungsartikeln nicht übereinstimmen, niederringen. Lasst uns Vertrauen darin haben, dass wir, wie in der Vergangenheit, auch in diesem Diskussionsprozess zur Verfassungsreform Siege erringen werden." Mit diesem Worten schloss der Arbeiterführer und Nationale Koordinator der Unión Nacional de Trabajadores [UNT] Orlando Chirino.

(1) *Staatliche Organe, die oftmals fälschlicherweise als "Arbeiterräte" bezeichnet werden.*

(2) *BewohnerInnen der verarmten Stadtviertel.*

“...da nach wie vor eine gewisse Angst besteht, sich mit Chávez oder der Regierung anzulegen.”

Dieses Interview mit Stalin Pérez Borges, einem der Nationalen Koordinatoren der UNT und führendes Mitglied der C-CURA, ist im Spätsommer 2007 entstanden.

Stalin Pérez Borges gehört zu den bekanntesten GewerkschafterInnen der C-CURA, die sich für einen Eintritt in die Vereinigte Sozialistische Partei Venezuelas (PSUV) entschieden haben und die Zeitung "Marea Clasista y Socialista" herausgeben.

Kannst du kurz die Gewerkschaftsgeschichte Venezuelas umreißen?

Vor der jüngsten Revolution in der Gewerkschaftsbewegung, standen wir, die Arbeiter, einer eisernen Gewerkschaftsdiktatur gegenüber, die an die Strukturen des Staates gefesselt und den Unternehmern ergeben war. Die Confederación de Trabajadores de Venezuela (CTV), der Gewerkschaftsdachverband, der die Mehrheit der Gewerkschaften organisierte, wurde als einer der Pfeiler des bürgerlich-demokratischen Regimes, das fast 40 Jahre über das Land herrschte, gesehen. Die politischen Parteien Acción Democrática (sozialdemokratisch) und COPEI (christlich-sozial) waren die

Parteien, die die Gewerkschaftsbewegung kontrollierten. Ihre Macht über die Gewerkschaften eroberten sie mit Hilfe bewaffneter Schlägerbanden. Die Arbeiter, die sich in alternativen Gewerkschaftsstrukturen organisieren wollten wurden entlassen. Oder (wenn sie überlebten) ihre Gewerkschaften wurden von den Arbeitsinspektoraten (Regierungsstellen, die Gewerkschaften legalisieren) nicht anerkannt. Die Mehrheit der Gewerkschaften in Venezuela sind Betriebsgewerkschaften und während dieser Zeit vergingen 20, 30, ja bis zu 40 Jahren ohne, dass in diesen Betriebsgewerkschaften gewählt wurde. Die klassenkämpferischen und demokratischen Gewerkschaften, die diese Zeit überlebten sind schnell gezählte Aus-

nahmen. Eine dieser Ausnahmen ist die Gewerkschaft, in der ich seit 23 Jahren organisiert bin. Zunächst war diese Gewerkschaft eine Branchengewerkschaft, die die Belegschaften mehrerer Betriebe der Textilindustrie organisierte. Nach dem Niedergang der Textilindustrie blieb nur noch ein Chemiebetrieb - Rhodia Acetow Venezuela - über und die Gewerkschaft änderte ihren Namen in SINTRAQUI. Wir haben zu drei verschiedenen Zeitpunkten die offene Konfrontation mit den bewaffneten Schlägerbanden der Acción Democrática überlebt und während unserem gesamten Bestehen haben wir alle zwei Jahre Gewerkschaftswahlen abgehalten.

Wie ist die Situation der Gewerkschaften heute?

Heute sind die Gewerkschaften dazu verpflichtet Wahlen abzuhalten. Ansonsten dürfen sie keine Kollektivverträge diskutieren und/oder Belegschaften vor Regierungsstellen vertreten. Manchmal wirkt sich das auch gegen alle Arbeiter einer Branche aus, da es Gewerkschaften oder Gewerkschaftsverbände gibt, die obwohl sie müssten, keine Wahlen abhalten. Das ist zum Beispiel der Fall bei den Öffentlich Bediensteten. In der Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes (Fentrased) stehen Wahlen seit 3 Jahren aus, da der Präsident des Gewerkschaftsverbandes aus Angst die Wahlen auf Grund seines bürokratischen und korrupten Verhaltens zu verlieren, nicht zu Wahlen aufruft. Und der Kollektivvertrag ist seit diesen 3 Jahren ausgelaufen. Es gibt Koalitionsfreiheit und in einigen Betrieben existieren 2 bis 3 Gewerkschaften nebeneinander und führen gemeinsam die Bestimmungen des Kollektivvertrages aus. Die Gewerkschaft, die die Unterstützung der Mehrheit der Arbeiter genießt, hat das Recht Entwürfe für den Kollektivvertrag zu prä-

sentieren. Oftmals werden hierfür Urabstimmungen unter den Belegschaften durchgeführt.

Kannst du uns die Stimmung in der Bevölkerung beschreiben nachdem Chávez an die Macht gekommen ist und seine Bekräftigungen zum Sozialismus gemacht hat?

Seit einiger Zeit ist das Konzept des Sozialismus in Venezuela sehr verbreitet geworden und dass hat sich seitdem Präsident Chávez die Schaffung der Vereinigten Sozialistischen Partei Venezuelas (PSUV) aufgeworfen hat noch weiter entwickelt. Seit 5 Wochen entstehen die Bataillone, die Basisstrukturen der PSUV, und in diesem Prozess beherrschte die Debatte über den Sozialismus die Diskussionen. Welchen Sozialismus müsse man aufbauen und ab wann? Ein Zehntel derer, die ihre Bereitschaft erklärten der PSUV beizutreten (insgesamt 5,7 Millionen) nimmt einmal wöchentlich an diesen Versammlungen teil. Dort haben wir, die seit Jahren den Sozialismus als Ausweg propagieren, die Möglichkeit offen über unsere Vorstellungen des Sozialismus zu disku-

tieren. Wir von der Strömung für revolutionäre Klasseneinheit und Unabhängigkeit (C-CURA) innerhalb der Unión Nacional de Trabajadores (UNT) - dem größten Gewerkschaftsdachverband - die uns der PSUV angeschlossen haben, diskutieren in jeder Versammlung mit bis zu 100 Personen und konnten großteils ein wenig Vertrauen gewinnen. Wir sind vielerorts zu den Haupttragenden der Diskussionen in den Bataillonen gemacht worden und haben unsere Meinung offen vertreten. Mit dem Vorschlag über die Verfassungsreform, die kürzlich der Nationalversammlung vorgelegt wurde, wird die Diskussion über den Sozialismus noch verstärkt.

In der Vergangenheit haben wir schon genügend Erfahrungen mit bürokratischen Staatssozialismen gemacht. Ist es möglich diese Erfahrungen zu verhindern?

Es gibt einige Möglichkeiten diese schlechten Erfahrungen zu verhindern. Trotzdem gibt es auch viele Möglichkeiten, dass sich diese frustrierenden Erfahrungen wiederholen. Wir aus der C-CURA, die in die PSUV eingetreten sind,



ermutigt die Möglichkeit die Bewusstseinsbildung von Tausenden Arbeitern und Unterdrückten zu unterstützen, damit der Traum der Eroberung eines demokratischen und revolutionären Sozialismus wahr wird, der als Leuchtturm auch denen dient, die in allen Ländern für den Sozialismus kämpfen. Es hat sich ein anti-imperialistisches und antikapitalistisches Bewusstsein entwickelt und es sind die Bedingungen gegeben, die es ermöglichen die Diskussion über den Weg zu diesem Sozialismus, der uns nicht in eine weitere frustrierende Erfahrung führt, vorwärts zu treiben. Die, die heute in der PSUV sind, haben in der Vergangenheit Sieg über Sieg errungen. Und sie waren Protagonisten spektakulärer Aktionen, wie dem 13. April 2002, der den von der venezolanischen Bourgeoisie mit Hilfe der nordamerikanischen und spanischen Regierung vorbereiteten Putsch niedergeworfen hat. Und wir sind auch die, die sie wiederum besiegt haben, als sie während 63 Tagen im Dezember 2002 / Januar 2003 die Unternehmerrausperrungen und die Sabotage organisierten. Es gäbe noch viele andere Triumphe zu erzählen.

Kannst du uns über die jüngsten Arbeiterkämpfe in Venezuela berichten?

Die wichtigsten Kämpfe finden im Öffentlichen Dienst und in der Erdöl-

industrie statt. Es sind Kämpfe für die Erneuerung der bereits ausgelaufenen Kollektivverträge und für die Abhaltung von demokratischen und transparenten Wahlen in den jeweiligen Gewerkschaftsorganisationen. Die Manöver der Regierung und der Gewerkschaftsbürokratie beruhen auf dem Streben einer der Gewerkschaftsströmungen innerhalb der UNT, die Kontrolle über die entsprechenden Gewerkschaftsverbände zu erlangen. Diese Strömung ist die Sozialistisch-Bolivariische Arbeiterfront (FSBT), die nun mit zwei ihrer Mitglieder den Arbeitsminister und den Vizearbeitsminister stellen.

Es gibt einen Kampf um einen Betrieb namens Sanitarios Maracay, in dem Sanitärkeramik (Toiletten, Waschbecken und Ähnliches) hergestellt wird und die seit fast einem Jahr unter Kontrolle der Arbeiter steht. Doch die Regierung weigert sich den Betrieb zu verstaatlichen und ausgehend vom Arbeitsministerium unterstützen sie eine Einigung [mit den Eigentümern, Anmerkung des Übersetzers], die vorsieht, den Konkurs des Unternehmens hinzunehmen.

Es gibt außerdem eine Diskussion um das wichtigste Metallunternehmen des Landes: SIDOR. Das Unternehmen war einst in Staatsbesitz und wurde vor 11 Jahren privatisiert. Heute kämpfen die Arbeiter um ihren Kollektivvertrag. Das

Unternehmen weigert sich auf die Forderungen der Arbeiter einzugehen, worauf ein Teil dieser Arbeiter heute die Enteignung des Unternehmens durch den Staat (der Staat und die Arbeiter halten etwas weniger als 50% der Unternehmensaktien) unter Arbeiterkontrolle fordert.

Es kämpfen auch Belegschaften in der Automobil- und Zulieferindustrie.

Es ist allerdings notwendig zu erklären, dass trotz der vielen Probleme die Arbeiter mit öffentlichen oder staatlichen Unternehmen haben, es nicht mehr Arbeitskonflikte gibt, da nach wie vor eine gewisse Angst besteht, sich mit Chávez oder der Regierung anzulegen.

Auch die Privatunternehmer versuchen, so wenig Konflikte wie möglich loszutreten, da sie noch nicht über die notwendige Unterstützung seitens der Regierung verfügen, um wie in der Vergangenheit vor den staatlichen Schlichtungsstellen bevorzugt zu werden.



KV-Verhandlungen in der Erdölindustrie

Eine chavistische Verhandlungsskarikatur!

Eine Verhandlungsskarikatur - so bezeichnet zu Recht Orlando Chirino, einer der einflussreichsten marxistischen Gewerkschafter Venezuelas, die vor kurzem beendeten Kollektivvertragsverhandlungen in der venezolanischen Erdölindustrie. Die Ereignisse rund um diese Kollektivvertragsverhandlungen sind es wert näher beleuchtet zu werden, auch weil sie ein bezeichnendes Licht auf den in seiner Essenz bürgerlichen Charakter des "Sozialismus des 21. Jahrhunderts" des Hugo Chávez werfen.

Der alte Kollektivvertrag in der Erdölindustrie wäre bereits am 21. Oktober 2006 ausgelaufen, wurde jedoch einfach um drei Monate verlängert, womit er erst am 21. Jänner 2007 endete. Bei einer monatlichen Inflation zwischen 2 bis 3% Prozent erstaunt dieses Vorgehen, weil es automatisch die realen Erhöhungen aus den alten KV-Verhandlungen nochmals reduziert. Man sollte jetzt annehmen, dass nun zügig daran gegangen wurde die Verhandlungen möglichst rasch und effektiv durchzuziehen, doch dem sollte nicht so sein. Denn vorher mussten von Seiten der Gewerkschaften noch Auflagen erfüllt werden, die von der Regierung bzw. von PDVSA als Voraussetzungen für einen Verhandlungsbeginn gestellt worden waren.

Nach venezolanischem Arbeitsrecht kann nur derjenige Lohnverhandlungen führen, der durch Gewerkschaftswahlen dazu legitimiert ist. Darüber hinaus verlangte Regierung und PDVSA, dass sich vor Verhandlungsbeginn die verschiedenen Erdölgewerkschaften zu einem zentralen Verband zusammenschließen sollten. Im Laufe der Vorbereitungen zu den Verhandlungen fusionierten sich daraufhin in bürokratischer Manier - ohne Wahlen und Kongress - die drei wichtigsten Erdölgewerkschaften Fedepetrol, Sinutrapetrol und Petrahidrocarburos und einige kleinere Betriebsgewerkschaften zur FUTEV und bildeten einen Übergangsvorstand, aus dem sich der Arbeitsminister José Ramon Rivero ein ihm genehmes Verhandlungsteam auswählte. Durch diese Vorgangsweise wurde die C-CURA, die lokal - im Criogénico de Jose und in Puerto La Cruz im Bundesstaat Anzoátegui, in der Raffinerie El Palito in Carabobo und im Complejo Refinador Paraguaná in Falcón - sehr stark ist, aus-

gebootet und aus den Verhandlungen ausgeschlossen.

Gegen diese bürokratische Fusion der Erdölgewerkschaften forderte die C-CURA um José Bodas, dass die Vereinigung nur durch demokratische Wahlen erfolgen könne, und dass sich das Verhandlungskomitee aus gewählten VertreterInnen der Basisgewerkschaften zusammensetzen solle. Doch es gab für diese Forderung keinerlei Unterstützung vom Arbeitsminister; das Verhandlungsteam war also nicht, wie vom Arbeitsrecht gefordert, durch Gewerkschaftswahlen legitimiert.

Das Verhandlungsteam einigte sich naturgemäß schnell mit ihrem Arbeitsminister (KV-Verhandlungen müssen immer über das Arbeitsministerium laufen) und der Unternehmensvertretung unter Führung von Erdölminister Rafael Ramírez auf ein Verhandlungskomitee. In dem vom Arbeitsminister handverlesenen Verhandlungskomitee saßen nun zwar viele Ex-Putschisten der Jahre 2002 und 2003, aber die Avantgarde der ErdölarbeiterInnen, die 2003 die Erdölindustrie gerettet hatte, wie die C-CURA von Puerto La Cruz, war aus den Verhandlungen ausgeschlossen. Die C-CURA versuchte nun aber über Basismobilisierungen Einfluss auf den Fortgang der Verhandlungen zu gewinnen.

Da der Erdölminister gemeinsam mit dem Arbeitsminister die Verhandlungen systematisch verzögerte und das gewerkschaftliche Verhandlungskomitee dem tatenlos zusah, begann die C-CURA Anfang März mit einer systematischen Kampagne um die Verhandlungen vorwärts zu bringen. Im Verlaufe dieser Kampagne zeigte sich, dass die Vereinigung aller klassenkämpfer-

rischen Arbeiterkollektive innerhalb der Erdölindustrie immer dringender wurde und im Juni 2007 kam es daher zur Gründung der C-CURA Petróleo.

Diese startete Ende Juni umgehend eine Unterschriftenkampagne gegen die andauernde Verschleppung der KV-Verhandlungen und für umgehende Gewerkschaftswahlen im neuen Dachverband FUTEV. Diese Kampagne sollte die Nichtanerkennung des gewerkschaftlichen Verhandlungsteams zum Ausdruck bringen und den KV-Forderungskatalog der C-CURA unterstützen.

Im Verlauf dieser Kampagne wurde die Unfähigkeit des Verhandlungsteams immer offensichtlicher. Zur selben Zeit entwickelte sich ein anderer Arbeitskonflikt, der auf die Kampfbereitschaft der ErdölarbeiterInnen sehr inspirierend wirkte. Im Juli 2007 kam es in Zulia zu spontanen Arbeitsniederlegungen, Demonstrationen und Straßenblockaden gegen einen geplanten Personalabbau im Zuge der Verstaatlichung von privat betriebenen Bohrtürmen. Nationalgarde und Gerichte gingen repressiv gegen die ErdölarbeiterInnen vor. Die Führer einer Betriebsgewerkschaft wurden verhaftet und der richterlichen Auflage unterworfen, sich regelmäßig bei der Polizei melden zu müssen. Die C-CURA unterstützte als einzige Strömung innerhalb der FUTEV den Widerstand. Die anderen Strömungen behaupteten, dass dies neue Destabilisierungsversuche der Konterrevolution seien. Dennoch endete der Arbeitskampf mit einem Sieg der ErdölarbeiterInnen, denn alle geplanten Kündigungen konnten verhindert werden.

Im Juli/August begann nun die C-CURA im Zusammenhang mit den KV-

Verhandlungen mit ihrer gewerkschaftlichen Eskalationsstrategie, das heißt immer breiter zu mobilisieren und gleichzeitig zu immer schärferen Kampfformen zu greifen. Zentrum dieser Aktionen waren Puerto La Cruz und der Criogénico de Jose. Mitte August schlug José Bodas **“allen Erdölarbeitern egal welcher politischen Gesinnung”** vor, **“eine Einheitsfront zur Verteidigung des Kollektivvertrages zu bilden.”**

Am 30. August mobilisierte die C-CURA nach Caracas, denn sie wollte der Zentrale der PDVSA ihren Forderungskatalog überreichen. Dies wurde - nachdem Chávez wenige Tage zuvor 41 rechte kolumbianische Paramilitärs begnadigt hatte - von polizeilichen Spezialeinheiten zur Aufstandsbekämpfung unterbunden.

Anfang September fand der nationale Aktionstag zur Verteidigung des Kollektivvertrages statt und Mitte September rief die C-CURA auf die Friedenspflicht zu beenden und mit Streikvorbereitungen zu beginnen. Daraufhin kam es zu einer unbeschreiblichen Schmutzkübelkampagne gegen führende Genossen der C-CURA, insbesondere gegen Orlando Chirino, der als Ratte, Konterrevolutionär und vieles mehr beschimpft wurde.

Dies erzeugte eine Progromstimmung: In den Morgenstunden des 27. September ging die Polizei mit Tränengas und Schusswaffen gegen die ErdölarbeiterInnen von Puerto La Cruz vor, die sich den landesweiten Protesten vor den Toren der Corporación Venezolana de Petróleo (CVP) angeschlossen hatten. Sie wollten dort den Erdölminister mit ihren Forderungen nach einem Kollektivvertrag konfrontieren. In der CVP sind die Joint Ventures des Erdölsektors zusammengefasst. Vier Arbeiter wurden durch Schüsse teils schwer verletzt. Ab diesem Zeitpunkt wurde praktisch in Permanenz verhandelt und am 10. Oktober lag der neue Kollektivvertrag unterschrieben vor.

Ein Erdölarbeiter verdient monatlich im Durchschnitt 1.500.000 Bolívares (Bs.). Nach Regierungsangaben braucht eine Familie monatlich durchschnittlich über 2.100.000 Bs. um ihre Grundbedürfnisse befriedigen zu können! Erdölminister Rafael Ramírez, der die PDVSA bereits als ein sozialistisches Unternehmen anpreist, in dem es nicht mehr um Lohner-



höhungen, sondern nur mehr um sozialrechtliche Anliegen gehe, verdient monatlich 45.000.000 Bs. plus immenser Sondervergütungen. Wir können daraus ersehen, dass vielleicht für ihn und seinesgleichen die PDVSA bereits ein sozialistisches Unternehmen ist, nicht aber für die zehntausenden ErdölarbeiterInnen!

Die Chrysler-Belegschaft erkämpfte 2006 eine tägliche Erhöhung um 17.000 Bs. Die Belegschaft von Mitsubishi um 18.000 Bs. und die Belegschaften von Heinz und Coca-Cola eine tägliche Erhöhung um 16.000 Bs.

Die ErdölarbeiterInnen haben mit 10. Oktober 2007 eine tägliche Lohnerhöhung um bescheidene 12.000 Bs. erkämpft plus diversen Sachgutentschädigungen (z.B.: Essensmarken). PDVSA und Rafael Ramírez boten ursprünglich provokative 7.000 Bs. und sie wollten dazu noch die Laufzeit von zwei auf drei Jahre ausdehnen. Gegen dieses Angebot lief die C-CURA Sturm, forderte 30.000 Bs und keine Änderungen der Laufzeit und konnte mit ihren Mobilisierungen die Ausdehnung der Laufzeit verhindern und die Lohnerhöhung auf noch immer bescheidene 12.000 Bs. raufdrücken.

Die C-CURA und mit ihr die große Mehrheit der ErdölarbeiterInnen bewerten diesen KV-Abschluss trotz der breiten Mobilisierung der ErdölarbeiterInnen nicht als einen Erfolg. Aber ohne diese Mobilisierungen wäre das Ergebnis zweifellos noch viel schlechter gewesen. Jetzt

gilt es die Lehren aus dieser Karikatur von Lohnverhandlungen zu ziehen. Die FUTEV, die sich mittlerweile in FUTPV umbenannt hat, gehört von Grund auf demokratisiert, denn nur so ist der Wille der ErdölarbeiterInnen ungebrochen in deren Führungsetagen und damit den zukünftigen Verhandlungskomitees umzusetzen!

Komitee “Solidarität mit den Clasistas”

Die übersetzten Texte sind im Original nicht geschlechtsneutral formuliert. Wegen der ergebnislosen Diskussionen über diese Problematik mit venezolanischen Genossen haben wir uns dazu entschieden dies nicht zu korrigieren, weil wir damit die Problematik in dieser Frage aufzeigen wollen.

Kontakt

Komitee

“Solidarität mit den Clasistas”

soli.clasistas@gmx.net

www.labournetaustria.at/venezuela.htm